



Keupers

kritischer

Kommentar

04-2021

April 2021

Politisches Denken der Zukunft.

Passt unser Parteiensystem noch in unsere (zukünftige) Gesellschaft? Brauchen neue gesellschaftliche Konfliktlagen nicht ein anderes Parteiensystem? Bei jeder Wahlentscheidung müsste jede Wählerin, müsste jeder Wähler sich eigentlich die Frage stellen, in was für einem Land, in welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben?

Diese Fragen behandelte Professor Andreas Röder in seiner Abhandlung in der Allgemeinen Zeitung (AZ) vom 27. März. Nach seiner Meinung besagen: „die klassischen politikwissenschaftlichen Theorien, dass die Grenzen zwischen den Parteien bislang durch gesellschaftliche Konfliktlinien entstanden sind, wie zwischen Kapital und Arbeit, Stadt und Land, Staat und Kirche oder materieller und postmaterieller Werte. Auch im Zeitalter der Volksparteien waren solch identifizierenden Unterscheidungen in der Parteienlandschaft nach wie vor erkennbar.“

Doch in unserer Zeit scheinen sich diese Unterscheidungen zwischen den Parteien sich immer mehr anzugleichen. Die CDU zum Beispiel wurde unter Merkel immer sozialdemokratischer und die SPD-Politik war durch die lange Zeit der Koalition mit der CDU kaum noch von der der christlichen Demokraten zu unterscheiden. „Grundsätzliche Konflikte“, so Professor Röder, „werden heutzutage eher innerhalb der Parteien ausgetragen als zwischen den einzelnen Parteien.“

Innerparteiliche Kontroversen bei den Sozial- und Christdemokraten.

Ursache seiner kritischen Bemerkungen waren einerseits zeitnahe parteiinterne Diskussionen in der SPD über vermeintliche Übertreibungen der aktuellen kulturellen Identitätspolitik, welche nach Meinung ihrer Kritiker zu einer gewissen Spaltung der Gesellschaft führen könnten. Identitätspolitiken, die scheinbar mehr auf grundlegend gruppenbezogene Bedürfnisse ausgerichtet sind und damit offenkundige bestehende sozialbezogene Divergenzen in der Gesellschaft mehr oder weniger ausblenden. Die Parteivorsitzende Saskia Esken und der junge stellvertretende Parteivorsitzende Kevin Kühnert hatten entsprechende kritische Äußerungen von altgedienten politikerfahrenden Politikerinnen und Politiker, wie Gesine Schwan und Wolfgang Thierse, indirekt als unqualifiziert und beschämend bezeichnet und daraufhin einen heißen größeren Aufschrei und eine parteiinterne Diskussion ausgelöst. Auch der Landesvorstand der SPD AG 60 plus von Rheinland-Pfalz hat in einem Schreiben an den Bundesvorstand der Partei festgestellt: „Wenn der Genosse Thierse (und die Genossin Schwan) sagt: „Uns Sozialdemokraten muss es um die Bündelung von Interessen und die Formulierung von Gemeinsamkeiten gehen“, dann sprechen sie das an, wofür Generationen von Sozialdemo-

kraten und Sozialdemokratinnen gekämpft haben: „Anerkennung und Gleichheit für alle Menschen“, und nicht nur für bestimmte Gruppen in unserer Gesellschaft.“

Professor Röder hat andererseits auch die Linksverschiebung der CDU in den vergangenen 16 Jahren unter Merkel angesprochen, die ihr seiner Meinung nach erst die Mehrheitsfähigkeit in der Mitte der Gesellschaft gesichert hat. Er warnt jedoch davor, im Hinblick auf den liberal-konservativen Flügel in der Partei vor einen kommenden Ruck nach rechts, der die Regierungsfähigkeit der Partei und ggf. unsere freiheitliche und sozial ausgerichtete Demokratie gefährden könnte. Die zurzeit laufenden Diskussionen um einen Kanzlerkandidaten, um den Vertrauensverlust für die CDU wegen der zu kritisierenden Corona-Politik nebst Einschränkungen im Handel, Gast- und Hotelgewerbe, führen im Wirtschaftsflügel der Partei um Carsten Linnemann zu einer Forderung nach einer mehr konservativ-liberal ausgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik, nach einer Rückwendung Richtung rechts.

Bedeutet das, dass es in Zukunft ein anderes konsolidiertes Parteiensystem geben wird? Werden die politischen und damit auch die gesellschaftlichen Ausrichtungen im 21. Jahrhundert anders austariert wie es in der letzten Hälfte des 20. Jahrhundert üblich war?

Die Corona-Pandemie wird unser Gesellschaftsdenken verändern.

Darum müssen wir uns die Frage stellen, verändert sich unser gesellschaftliches Denken zurzeit nicht gerade? Die Corona-Pandemie hat unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft, den Staat und die Politik in eine der tiefsten Krisen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieg gestürzt. Quasi so jeder ist in irgendeiner Form betroffen. Mehr als 2,8 Millionen sind bisher an dem Virus erkrankt, etwa 76 Tausend haben ihr Leben verloren. Das Leben, die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger wurde teilweise zumindest vorübergehend stärker eingeschränkt, für nicht wenige dauerhaft verändert, zum Teil mit erheblichen finanziellen Einbußen. Um die Pandemie eindämmen zu können, wurden vonseiten der Regierungsverantwortlichen die Menschen- und Bürgerrechte vorübergehend stärker beschnitten, um die Ansteckungen durch den Virus möglichst unterbinden zu können. Doch die Art der Pandemie-Bekämpfung selbst zeigt auch, dass die Regierungsverantwortlichen eine effektive Krisenbewältigung nicht gerade beherrschen. Manchmal kann man über das Vorgehen, das Handeln der politisch Verantwortlichen nur noch den Kopf schütteln! Insbesondere wenn man jetzt feststellen muss, dass scheinbar das Vorgehen gegen den Virus, gemäß der aktuellen Aktivitäten der möglichen Kanzlerkandidaten der CDU im Einvernehmen mit Frau Merkel, zu einem Wahlkampfthema hoch stilisiert wird, und was wiederum bestimmten außerparlamentarischen Kräften sehr gelegen kommen dürfte!

Natürlich, so ist in den Medien zu lesen bzw. zu hören, die Corona-Pandemie wird unsere Lebensart, unsere Lebensgewohnheiten grundlegend verändern. Doch auch die Anforderungen zur Vermeidung des drohenden Klimawandels oder der drohenden Umweltbelastungen, ja, auch die Veränderungen durch die digitale Evolution werden zukünftig erhebliche Veränderungen unserer Lebensart, unseres gesellschaftlichen Miteinanders erfordern. Und auch das muss uns bewusst sein, die Schwächeren in unserer Gesellschaft wird es in der Regel härter treffen, wie die, deren Einkommen, deren Vermögen oberhalb des Durchschnitts liegen, die zu den gut Situierten gehören.

Die Digitalisierung, der Klimawandel als Motor der Singularisierung.

Die klassische mechanische Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts gibt es heute so nicht mehr, auch wenn sie als Leitmaßstab immer noch von einigen (älteren) Mitbürgern und Mitbürgerinnen

als die heute noch maßgebliche fortschrittliche Visionsstruktur angesehen und gefordert wird. Als dominante Gesellschaftsidee ist sie von neuen Entwicklungen überholt worden, welche in Form einer Idee der postmodernen digitalen, auch Klima bewusster Gesellschaftsform, sich immer mehr zu einer Gesellschaft der Singularen, der Fortschrittlichen und Umwelt bewussten entwickelt. Das bedeutet, während die mechanische Industriegesellschaft auf Strukturen von Standards, Normalität, Gleichförmigkeit und möglichst sozialer Ausgeglichenheit basierte, legt die digitale, Klima bewusste Zukunftsgesellschaft ihr Augenmerk mehr auf die Verfestigung des Besonderen, der angestrebten Einzigartigkeit und qualitativer Differenzen, auf mehr Individualität und Partikularität, quasi auf das Außergewöhnliche. Man könnte auch sagen, diese digitale, Klima bewusste Gesellschaft strebt zu einer Form des radikalen Individualismus, der geschätzten Einzigartigkeit des Einzelnen, eben, so wie es der Soziologe Andreas Reckwitz in seinem Buch: „Das Ende der Illusionen“ bezeichnete, eine Art Singularität des Menschen. Die dazu erforderlichen Lebensmodelle einer erfolgreichen Selbstverwirklichung macht die Gestaltung von Beruf, von Freizeit, ja, des gesamten normalen Alltags und auch die der eigenen Biografie zu einer ambitionierten Herausforderung für die sogenannte neu entstehende, meist gut situierte Mittelklasse dieser neuen digitalen, Klima bewussten Gesellschaft. Während die „absteigende“, bisherige traditionelle Mittelklasse des normalen mittleren Beamtenstands, des Handels und des üblichen normalen Dienstleistungssektors, sowie alle prekär Schaffende eine massive finanzielle und soziale Deklassierung und Abwertung erfahren werden. Der Hipster-Akademiker ist demnach „in“, die Frau an der Aldi-Kasse, der Mann am Fließband, die Männer und Frauen welche heute im hochgejubelten Home-Office tätig sind, werden „out“ sein in der neuen gesellschaftlichen Diversität. Während die Ersteren hoch dotiert arbeiten und gut bezahlt werden, damit in entsprechendem Wohlstand leben können, werden die Anderen Mühe haben die nötigen Finanzen für den Lebensunterhalt verdienen zu können. Das bedeutet, die sozialen Differenzen werden in den zukünftigen Gesellschaftsformen eine entschiedenere Rolle spielen wie bisher, werden jedoch die Politik bewusst weniger beeinflussen als die unterschiedlichen Lebensarten, die unterschiedlichen Lebensgewohnheiten von heute. Das heißt, das Soziale wird dann, so sieht es heute aus, eine geringere Präferenz im politischen Alltag bekommen.

Als Ursache für diese verändernden Entwicklungsprozesse ist maßgebend das Zusammenspiel dreier miteinander verschränkter Faktoren. Erstens wird durch die Digitalisierung ein kultureller Wertewandel stattfinden, wie auch durch die von Harald Welzer, Klaus Wiegandt und Co. propagierte Postwachstumsgesellschaft. Die persönliche Selbstverwirklichung und die Authentizität werden also mehr in den Vordergrund rücken. Zweitens wird auch der industrielle Kapitalismus mit seinen standardisierten Produkten an ökonomische, wie ökologisch notwendige Sättigungsgrenzen stoßen mit entsprechenden Konsequenzen. Und drittens wird auch der technologische Faktor der digitalen Evolution bzw. die der Einschränkungen gegen den Klimawandel entscheidende Veränderungen erzwingen.

Aber für sozialdemokratische Politik bedeutet weiterhin, das Soziale hat Vorrang.

Für uns Sozialdemokraten wird es fundamental wichtig werden, dass wir auch bei den zukünftigen Herausforderungen und seinen erwartbaren Veränderungen die wichtigen Realitäten einer sozialen Ausgeglichenheit im Auge behalten. Die Probleme von Minderheiten in unserer Gesellschaft sollten uns dabei nicht unwichtig sein, wenn zum Beispiel Minderheiten glauben, sich allein durch die Existenz von Mehrheiten verletzt fühlen zu müssen. Doch das Soziale ist auch in einer zukünftigen mehr singular ausgerichteten Gesellschaftsform das Fundament des politischen Erfolges, wenn wir

das Gesamtgesellschaftliche betrachten, wenn wir weiterhin eine freiheitliche Demokratie als Grundlage des Politischen in Deutschland, in Europa erhalten, wenn wir den unterschiedlichen Bedürfnissen der sehr unterschiedlichen Menschen den gebührenden Respekt zollen wollen.

Respekt ist übrigens ein Schlüsselwort im soeben beschlossenen Wahlkampfprogramm der SPD. Wenn der SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz über Respekt spricht, wie jüngst im Focus-Online-Interview, meint er den geschuldeten Respekt der SPD gegenüber den arbeitenden Menschen, etwa der zuvor genannten Kassiererin bei Aldi, dem Mann am Fließband, die heute noch Schaffenden im Home-Office, also die ursprüngliche alte SPD-Wählerschaft.

Deshalb brauchen wir, wie sozialdemokratische Vordenker wie Nils Heisterhagen es formulieren: „eine Verantwortungslinke in der SPD, die bereit ist, (medial) für das Soziale zu kämpfen, und zwar ohne ideologische Scheuklappen“, die die notwendige soziale Realpolitik umsetzt!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 08. April 2021,

Heinrich Keuper